NIEDERSCHRIFT Schul/008/2006

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am 21.11.2006 im **Lehrerzimmer der Ludgeri-Grundschule, Ludgeristraße 24**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Ausschussmitglieder:

Herr Thomas Hagemann	Vertretung für Herrn Willi Krause
Herr Bernhard Kortmann	ab Verlauf zu TOP 2. ö. S.
Herr Hermann-Josef Menting	
Herr Martin Pfeiffer	
Herr Thomas Tauber	

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Ursula Kratz	
Frau Brigitte Mollenhauer	Vertretung für Herrn Jürgen Hövener
Frau Margarete Köhler	

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Maggie Rawe

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Frau Mechthild Gaußelmann
Herr Berthold Grimm
Frau Maria Hagemann
Herr Hans-Bernd Serries

Vortragende Gäste:

Herr Ludger Althoff	zu TOP 2. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	
Herr Hubertus Messing	
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Herr Dittrich stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Dann begrüßt Herr Dittrich Herrn Propst Serries, der erstmalig an einer Schul- und Sportausschusssitzung teilnimmt. Herr Serries ist als Nachfolger von Herrn Propst Remfert als beratendes Mitglied gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz in den Schul- und Sportausschuss berufen worden. Eine Verpflichtung ist nicht erforderlich.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass die Elternvertreterinnen Frau Schmidt und Frau Günther aus dem Arbeitskreis der Don-Bosco-Hauptschule einen schriftlichen Antrag auf Rederecht gestellt hätten. Er schlage vor, sowohl den beiden Elternvertreterinnen als auch zwei Lehrervertretern Rederecht zu erteilen.
Die Ausschussmitglieder sprechen sich **einstimmig** für die Erteilung des Rederechtes aus.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Besichtigung und Vorstellung des neuen Computerraumes an der Ludgeri-Grundschule

Die Ausschussmitglieder besichtigen unter Führung von Herrn Eikmeyer den neuen Computerraum an der Ludgerischule. Herr Eikmeyer und Frau Hagemann beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. Abschließend stellt Herr Dittrich fest, dass es sich um ein vorzeigbares Ergebnis handele, auf das man stolz sein könne.

2. Offene Ganztagsgrundschule (OGS) im Primarbereich
hier: Jahresabschluss für das Schuljahr 2005/2006 und Bericht über die aktuelle Situation

Herr Althoff stellt den wirtschaftlichen Jahresabschluss für das Schuljahr 2005/2006 vor, informiert über die aktuelle Situation in der Offenen Ganztagsgrundschule und gibt einen Ausblick auf das Schuljahr 2006/2007 (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Frau Kratz stellt fest, dass vor zwei Jahren mit der Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschule und der Wahl des Trägers, dem Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Billerbeck e. V. die richtige Entscheidung getroffen worden sei. Die Offene Ganztagsgrundschule werde von einem engagierten und kreativen Team begleitet. Die Eltern könnten ihre Kinder mit einem guten Gefühl dort abgeben.

Frau Dirks ergänzt, dass auch die Stadt als Schulträger froh darüber sei, den Verein Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe e. V. als Träger gewonnen zu haben. Mit den kreativen Projekten hebe sich die Stadt Billerbeck von den umliegenden Städten und Gemeinden ab.

3. Einrichtung der Ganztagshauptschule in Billerbeck
hier: Sachstandsbericht für den Fortgang der baurechtlichen Planung und der inhaltlichen Umsetzung

Zu diesem Tagesordnung werden aus dem Arbeitskreis, der sich mit der Einführung des Ganztagsbetriebes an der Hauptschule beschäftigt, zwei Elternvertreterinnen (Frau Schmidt und Frau Günther) sowie zwei Lehrervertreter (Frau Wobbe und Herr Steinhorst) begrüßt. Diesen ist zu Beginn der Sitzung einstimmig Rederecht eingeräumt worden.

Frau Gaußelmann berichtet über die Erfahrungen und Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Ganztagsbetrieb. Sie legt zunächst dar, dass die Fortführung der Offen Ganztagsgrundschule mit dem Ganztagsbetrieb an der Hauptschule nur konsequent sei. Dennoch seien sie mit der Einrichtung der Ganztagshauptschule im Februar total überrollt worden. Der Ganztagsbetrieb sei zunächst mit den beiden Klassen 5 und zwei neuen Lehrern begonnen worden. Gleichzeitig habe die Stadt begonnen, den Umbau des Gebäudes zu planen. Zurzeit nähmen 4 Klassen der Jahrgänge 5 und 6 am Ganztagsbetrieb teil, dadurch seien zusätzliche räumliche Probleme entstanden, u. a. weil die entsprechenden Stufenräume fehlten. Problematisch sei zudem die Betreuung der Schüler während des Mittagessens und die Einnahme des Essens in der Realschule. Viele Schüler hätten sich vom Mittagessen abgemeldet. Inzwischen stagnierten die Abmeldungen aber und die Situation verbessere sich.
Jetzt habe sie erfahren, dass zum 1. Februar der Anteil der Lehrerstunden möglicherweise gekürzt werden soll, so dass 20% des Aufschlags durch Lehrer abgedeckt werden und 10% für die Kapitalisierung zur Verfügung stehen.
Das Ganze werde wesentlich dadurch erschwert, dass das Geld nicht komplett zur Verfügung stehe und an Honorarkräfte ausgezahlt werden könne, sondern die Regierung einen Anteil für den Verwaltungsaufwand einbehalte. Das sei äußerst unbefriedigend.
Hinzu komme, dass im Herbst ein Kollege mit 28 Stunden „ausgeplant“ werden müsse. Diese Stunden müssten umgeschichtet werden.
Stark drückten insbesondere die räumlichen Bedingungen. Sie könne bisher nicht feststellen, dass es einen festen Umbauplan gebe und befürchte, dass die Umsetzung bis zum nächsten Schuljahr, in dem sich die Zahl der an dem Ganztagsbetrieb teilnehmenden Schüler weiter erhöhe, nicht erfolgen könne. Der Zeitraum sei äußerst eng bemessen. Außerdem habe sie die Sorge, dass die Schule nicht alle benötigten Räume bekomme. Die zeitliche Verzögerung der Umbaumaßnahme habe wesentlich zu der Unzufriedenheit geführt.
Inzwischen hätten sich viele Schüler an den Ganztagsbetrieb, der vom Lehrerkollegium gut mitgetragen werde, gewöhnt, wenngleich einige Schüler Probleme mit der Konzentration in der 8. und 9. Stunde hätten. Insgesamt habe der Ganztagsbetrieb einen problematischen Start gehabt.

Herr Steinhorst als Lehrervertreter schildert ebenfalls die Probleme mit der unbefriedigenden Gebäudesituation. Sie hätten von Anfang an darauf hingewiesen, dass ein „Schnellstart“ nicht glücklich sei. Es wäre besser

gewesen, zunächst die Bedingungen zu schaffen und dann die Schüler an den Ganztagsbetrieb heranzuführen. Hier sei das Pferd von hinten aufgezäumt worden. Er sei skeptisch, dass die Umbaumaßnahmen wie prognostiziert bis zum Ende des Jahres 2007 abgeschlossen sein werden.
Bisher habe er die Erfahrung gemacht, dass die an dem Ganztagsbetrieb teilnehmenden Schüler nicht gerade entspannt wirkten, sondern im Gegenteil recht häufig unter Druck stünden. Diesbezüglich müsse man sich Gedanken über andere Arbeitsformen machen, denn anders als in der Offenen Ganztagsgrundschule finde in der Hauptschule auch nachmittags regulärer Unterricht statt. Außerdem hätten sie Schüler zu betreuen, die selbst wenn sie willig seien, besondere Schwierigkeiten und Defizite aufwiesen. Es gebe Schüler, die sich bis zur 4. Stunde Mühe gäben und dann in eine Bruchstelle verfielen. Diese Schüler hätten nachmittags ein Riesenproblem, wenn sie das Bildungsangebot wahrnehmen müssten. Deshalb müssten am Nachmittag andere offenere Arbeitsformen gefunden werden. Des Weiteren hielten auch einige Lehrer und Lehrerinnen den Unterricht in der 8. und 9. Stunde für schwierig.

Frau Wobbe gibt die Meinung von Eltern der Schüler aus den höheren Jahrgängen wieder, die den Eindruck hätten, dass sich alles nur noch um den Ganztagsbetrieb drehe. So sei es kaum tragbar und stark kritisiert worden, dass der Kunstraum zum Stufenraum umgewandelt wurde. Bei den Eltern der Schüler der oberen Jahrgänge „brodele“ es ziemlich.

Frau Gaußelmann stellt heraus, dass ein wesentlicher Faktor für die Unzufriedenheit die Streichung einer halben Überhang-Lehrerstelle sei, die bisher für den Nachmittagsunterricht zur Verfügung gestanden habe. Gerade als der Ganztagsbetrieb eingeführt worden sei, sei die Stelle durch das Schulamt gestrichen worden. Der Zeitpunkt sei äußerst ungünstig gewesen.

Frau Schmidt bezieht sich auf das von ihr und Frau Günther im Namen der Elternschaft verfasste und an den Schulträger und die Fraktionsvorsitzenden adressierte Schreiben bzgl. der Umgestaltung und der Mittagsbetreuung. Sie hätten sich gezwungen gefühlt, den an der Schule herrschenden Unfrieden öffentlich zu machen. Aufgrund des Schreibens seien viele Gespräche geführt und einige Dinge gelöst worden, so dass sie glaubten, nun auf dem richtigen Weg zu sein. Im Wesentlichen habe es sich wohl um ein Kommunikationsproblem gehandelt. Allerdings werde es sehr kritisch gesehen, dass ab Februar die Nachmittagsangebote gestrichen worden seien und nur noch der Ganztagsbetrieb im Mittelpunkt stehe. Die restlichen Schüler fühlten sich benachteiligt.

Frau Dirks macht im Hinblick auf den Brief der Eltern grundsätzlich deutlich, dass selbstverständlich der Schulträger über alles informiert werden müsse, was die Schule betreffe. Dabei müsse aber deutlich zwischen den Aufgaben des Schulträgers und den internen Schulangelegenheiten differenziert werden. Die Stadt als Schulträger helfe gerne, habe aber z. B. die Lehrerzuweisungen und die Gestaltung des Nachmittagsangebotes nicht in der Hand.

Zu der in dem Brief der Elternvertreter angesprochenen Kostenzusage für das Mittagessen der Betreuer des Mittagessens, führt Herr Messing aus, dass er sofort die Übernahme der Kosten durch den Schulträger für die betreuenden Eltern zugesagt habe. Hinsichtlich der betreuenden Schüler sollte evtl. eine Absprache mit dem Förderverein erfolgen. Zu der weiter angesprochenen Problematik, dass es nur noch um den Ganztagsbetrieb gehe macht er deutlich, dass es nicht die Absicht des Schulträgers gewesen sei, die Klasen 7 – 10 „abzuhängen“. Aber es sei eben nicht bekannt gewesen, dass die Überhangstelle von heute auf morgen von der Schulaufsicht gekürzt werde. Dem stünde man machtlos gegenüber. Und wenn, wie von Frau Gaußelmann angesprochen, Mittel für die Kapitalisierung zur Verfügung gestellt würden, ohne dass diese von der Schule oder dem Schulträger beantragt worden seien, dann könne man auch hieran nichts ändern. Sicherlich sei es unbefriedigend, wenn aufgrund der Kürze der Zeit weder Referenten gewonnen werden können noch bekannt sei, wie die Verträge ausgestaltet werden sollen. Die Stadt Billerbeck werde bei dem Ministerium und den entsprechenden Landtagsabgeordneten intervenieren, damit die Mittel in das nächste Jahr übertragen werden können.

Frau Gaußelmann wirft ein, dass man mit Versprechungen sehr vorsichtig sein müsse. Sie sei noch nicht sicher, ob zusätzliche Kurse für die Klassen 7 – 10 angeboten werden können, da die 28 Stunden aufgefangen werden müssen.

Zum Baukonzept berichtet Herr Mollenhauer, dass bekanntlich durch das Ausscheiden eines städt. Mitarbeiters ein Verzug eingetreten sei. Mittlerweile sei ein Planungsbüro beauftragt worden, das das beschlossene Plankonzept überarbeitet habe. Eine wesentliche Änderung habe sich bzgl. des Werkraumes ergeben, der komplett nach außen erweitert werden sollte. Da dieser als zu groß angesehen worden sei, solle nun ein Teil dieses Werkraumes als Stufenraum und Stuhllager genutzt werden. Der gemeinsame Zugang mit der Turnhalle sei ebenfalls nicht möglich, so dass ein separater Zugang angelegt werden müsse. Nachdem das überarbeitete Konzept mit der Schule abgestimmt war, seien viele Fachgespräche z. B. mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband und dem Brandschutzbeauftragten geführt worden. Außerdem sei das Gesundheitsamt eingebunden worden, damit zumindest die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Schulküche evtl. auch für eine Essenszubereitung nutzen zu können. Der größte Knackpunkt sei der Brandschutz, da für jeden Klassenraum ein zweiter Rettungsweg angelegt werden müsse. Das werde voraussichtlich dazu führen, dass der Flur zur Mensa oben nicht geöffnet werden könne. Außerdem fänden intensive Überlegungen mit dem Statiker statt, die dazu führen könnten, dass von dem geplanten Glasdach Abstand genommen werden müsse und dafür ein Flachdach mit einem Lichtband angelegt werde. Hier sei aber noch keine Entscheidung gefallen. Darüber hinaus sei ein Fachingenieur bzgl. der Heizungsanlage eingeschaltet worden. Dieser erstelle eine Studie, inwieweit eine Zentralheizung unter Einbeziehung der Realschule und der beiden Turnhallen möglich ist. Diese Studie werde in der nächs-

ten Umwelt- und Denkmalausschusssitzung vorgestellt. In der nächsten Woche finde ein Termin vor Ort mit dem Kreis statt, an dem auch der Brandschutzingenieur und möglichst auch der Sachbearbeiter, der für den Bauantrag zuständig ist, teilnehmen werden. Nach diesem Termin werde das abschließende Ergebnis noch einmal intensiv – voraussichtlich in der zweiten Dezemberwoche - mit dem Arbeitskreis besprochen und dann könne der Bauantrag auf den Weg gebracht werden. Parallel dazu erstelle das Ing.-Büro eine Kostenberechnung und einen Bauzeitenplan. Dabei werde davon ausgegangen, dass der Anbau auch während der Schulzeit errichtet werden könne. Nach wie vor sei es Zielsetzung, das Dach über dem Atrium in den Osterferien fertig zu stellen und die Umstellung der Heizungsanlage in den Sommerferien durchzuführen. Er gehe davon aus, dass der wesentliche Teil der Arbeiten bis Ende 2007 erledigt sein wird. Das sei aber auch abhängig von der Kostenberechnung. Er bitte um Verständnis für die Verzögerungen und dafür, dass auch die Detailplanungen viel Zeit in Anspruch nähmen.

Herr Tauber moniert, dass in der Sitzungsvorlage zu dieser Sitzung nicht auf die in dem Schreiben der Elternvertreter angesprochenen Punkte eingegangen wird. Viele Dinge lägen in der Verantwortung des Schulträgers. Jetzt sei viel geredet worden, ohne konkret zu werden. Ihm sei nicht klar, welche von den Eltern angesprochenen Punkte ausgeräumt worden seien und wie sie ausgeräumt wurden. Er messe dem Schreiben eine große Bedeutung bei, da die Eltern sicherlich vorher andere Wege gesucht haben, bevor sie mit einem solchen Brief an die Öffentlichkeit gehen.

Frau Köhler bezieht sich auf die Aussage des Herrn Messing, dass die Kosten für das Mittagessen für die betreuenden Schüler evtl. von dem Förderverein übernommen werden sollen und macht darauf aufmerksam, dass mit ihr als Vorsitzende des Fördervereines keine Absprachen dahingehend erfolgt seien. Außerdem wundere sie sich darüber, dass Schüler unentgeltlich die Betreuung während des Mittagessens übernehmen sollen, müssten hierfür doch eigentlich Honorarkräfte eingestellt werden. Frau Gaußelmann wirft ein, dass diese Fragen schulintern geklärt werden müssten.

Frau Rawe weist darauf hin, dass sich durch die Beauftragung des Planungsbüros die Kosten erhöhten und fragt nach, inwieweit sich dieses auf die baulichen Veränderungen auswirke und ob aus diesem Grund das Glasdach aufgegeben werde. Des Weiteren fragt sie nach, wann die Mensa fertig sein wird, diese sei für die Schüler im Hinblick auf das Gemeinschaftserlebnis sehr wichtig.

Zielsetzung sei, so Herr Mollenhauer, den Mensabetrieb nach den Sommerferien aufzunehmen. Zu den Kosten führt er aus, dass damals der Förderantrag mit grob geschätzten Summen auf den Weg gebracht worden sei, um nichts zu verschenken. Dem Antrag habe keine Kostenberechnung zugrunde gelegen. Jetzt müsse die Kostenberechnung abgewartet werden. Dann müsse der Rat entscheiden, ob evtl. noch Mittel zusätzlich bereitgestellt werden. Für das Planungsbüro entstünden Kosten

in Höhe von 70.000,-- €.

Frau Schmidt legt dar, dass sich im Nachhinein herausgestellt habe, dass sich die Schüler nicht wegen der Qualität des Mittagessens abgemeldet hätten. Vielmehr wollten die Schüler mit denjenigen Mitschülern zusammen bleiben, die ihr Essen von zu Hause mitbrächten und nicht zur Realschule zum Essen gingen. Diesbezüglich habe Herr Messing eine Regelung zugesagt.

Herr Messing bestätigt, dass sich Schüler aus diesem Grund abgemeldet hätten. Sicherlich sei die Essens-Einnahme in der Realschule nicht optimal. Deshalb gingen alle Bestrebungen dahin, die Mensa bis nach den Sommerferien fertig zu stellen.

Frau Wobbe ärgert sich darüber, dass heute in einem Nebensatz erwähnt wird, dass evtl. das für die Schule wichtige Glasdach nicht mehr möglich ist. Außerdem sei Spielmaterial angeschafft worden, um die Mittagpause angenehmer zu gestalten. Diese Spiele müssten zurzeit verschlossen in der Sporthalle aufbewahrt werden, weil der Wagen für die Spielsachen immer noch fehle. Es könnte also einiges besser laufen.

Zur Überdachung des Atriums führt Herr Mollenhauer aus, dass selbstverständlich der Arbeitskreis in die Überlegungen eingebunden werde. Er habe heute über den aktuellsten Stand der Überlegungen berichten wollen.
Zum Materialwagen stellt Herr Messing richtig, dass dieser ursprünglich vom Bauhof erstellt werden sollte. Aufgrund der hohen Materialkosten sei dann entschieden worden, den Wagen zu bestellen. Nun müsse die Lieferzeit abgewartet werden.

Herr Kortmann stellt heraus, dass man über die Einrichtung der Ganztagshauptschule in Billerbeck froh sein könne. Es sei doch normal, dass in der Anfangsphase Probleme auftauchten, hier sei Kommunikation wichtig. Um die Konzentration der Schüler nach der Mittagpause zu erhalten, müsse nach pädagogischen Lösungen gesucht werden.

Frau Gaußelmann betont, dass die Rhythmisierung eine innerschulische Angelegenheit sei. Wenn die Mittagsbetreuung zufrieden stellend gelöst sei, würde sich die Situation verbessern.

Wenn ein weiterer Verzug bei den Umbauarbeiten entstünde, dann werde Ärger bei den Schülern und Lehrern entstehen, so Frau Günther. Sie fragt nach, ob nicht im Hinblick auf die wegfallenden 28 Stunden eine Kooperation mit der Offenen Ganztagsgrundschule möglich sei.
Eine Kooperation müsse schulintern geklärt werden, so Herr Messing.

Herr Tauber stellt fest, dass in der Diskussion eine Fülle von Problemen zu Tage gekommen sei, die nur ungenügend ausgeräumt werden konnten. Zu den Vorwürfen der Eltern hinsichtlich der Ausstattung und Gestaltung habe er von der Verwaltung noch nichts gehört. Dass nach dem Schnellschuss zu Beginn, die räumlichen Bedingungen nicht ebenso

schnell geschaffen werden könnten, sei allen klar gewesen. Jetzt dürfe man aber nicht in Lethargie versinken. Vom Produkt sei man jetzt noch weit entfernt. Er vermisse, dass alle Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Frau Dirks wiederholt noch einmal, dass im Wesentlichen die von den Eltern angesprochenen Punkte ausgeräumt worden seien. Wichtig sei die Kommunikation untereinander. Ansprechpartnerin der Verwaltung sei die Schulleiterin, die wiederum die Gespräche innerhalb der Schule weiterführen müsse. Verwaltungsseitig werde bzgl. der baulichen Maßnahmen alles getan. Zur Ausstattung müssten Hinweise von der Schulleitung kommen und auch zur Übermittagbetreuung müsse sich die Schule Gedanken machen. Diesbezüglich könne nicht der Schulträger bestimmen, sei aber offen für alle Dinge.

Dass eine große Unzufriedenheit zu spüren sei, so Frau Kratz, liege sicherlich daran, dass die baulichen Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Wichtig sei, dass Stadt und Schule kommunizierten. Sie glaube, dass man hier auf dem richtigen Weg sei.
Frau Gaußelmann geht dann auf Nachfrage von Kratz auf das geplante pädagogische Konzept ein. Sie merkt an, dass sicherlich viel ausprobiert und wieder geändert werden müsse. Zur Verlängerung der Unterrichtsstunde auf 60 Minuten würden nach den Zeugniskonferenzen genauere Planungen und Überlegungen angestellt, um entscheiden zu können, ob diese im nächsten Schuljahr eingeführt wird. Das hätte den Vorteil, dass die Mittagspause vorverlegt werden könnte. Sie seien bei allen Dingen am Ball.

Um der Unruhe entgegen zu wirken, regt Herr Dittrich an, einen Elternabend durchzuführen.
Frau Dirks erklärt, dass ein solcher bereits geplant und mit Frau Gaußelmann abgesprochen sei.

Frau Köhler erinnert an ihren Hinweis, dass der Schulfrieden nicht gestört werden dürfe. Die derzeitige Unzufriedenheit habe sich aufgrund der baulichen Mängel und tlw. durch Unwissenheit ergeben. Deshalb wäre es wichtig, dass durch Kommunikation diese Zufriedenheit wieder hergestellt wird.

Der Unmut sei im Wesentlichen dadurch entstanden, so Frau Mollenhauer, dass das Pferd von hinten aufgezäumt wurde. Unter Druck sei damals ein Konzept erstellt worden, um Fördermittel zu erhalten. Jetzt dürfe man nicht ins Lamentieren verfallen, sondern müsse nach vorne schauen.

Herr Messing stellt heraus, dass eine Menge Überzeugungsarbeit für das Konzept nötig war. Dabei habe man gewusst, dass das bauliche Konzept der Pferdefuß sein würde. Im Übrigen seien auch für die Offene Ganztagsgrundschule kurzfristig Fördergelder zur Verfügung gestellt worden. Um die Offene Ganztagsgrundschule werde Billerbeck heute von vielen anderen Kommunen beneidet. Jetzt benötige man einfach Zeit für die Umsetzung der baulichen Maßnahmen. Bislang sei hiermit noch nicht begonnen worden, weil im Vorfeld viele Detailgespräche geführt werden

mussten. Sicherlich werde es auch im Zuge der Umbauarbeiten noch Verdruss geben. Nach den Sommerferien werde sich die Situation aber anders darstellen, weil dann die Umsetzung sichtbar sei.

Beschlussvorschlag für den Rat:

4. Mitteilungen

4.1. Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am 28. November 2006 mit einer Ortsbesichtigung beginne und dann in der Alten Landwirtschaftsschule stattfinde, weil Vertreter der Interessengemeinschaft Barrierefreies Billerbeck (IBB) hieran teilnehmen werden.

4.2. Qualitätsanalyse der Ludgeri-Grundschule - Frau Hagemann

Frau Hagemann berichtet über die an der Ludgeri-Grundschule durchgeführte Qualitätsanalyse. In 11 Bereichen sei die Schule als vorbildlich eingestuft worden. Das Qualitätsprofil der Schule ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

4.3. Anmeldezahlen der Grundschule - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass für die Grundschule 133 Anmeldungen, davon 5 Antragskinder, vorlägen, so dass nach den jetzigen Voraussetzungen 5 Eingangsklassen gebildet werden können.

5. Anfragen

Keine

Hans-Jürgen Dittrich	Birgit Freickmann
Ausschussvorsitzender	Schriftführerin